

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU**Linksextremismus entschieden entgegentreten!**

Aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 13. Februar 2018 (Drs.19/1609) wird deutlich, dass die linksextremistische Szene ein erhebliches Gefahrenpotenzial für unser Gemeinwesen aufweist. Es sind eben nicht nur Gewalttaten im Zusammenhang mit Fußballspielen beim Aufeinandertreffen mit ebenfalls gewaltbereiten Hooligans oder kleinere Eigentumsdelikte wie Sachbeschädigungen. Viel mehr stellen sich die Linksextremen immer häufiger gegen die Polizei als Repräsentanten des Staates, neigen zu Gewalttaten oder verüben Brandanschläge auf Fahrzeuge.

Es gibt in Bremen laut Antwort des Senats bisher keine wirksamen Präventions- und Ausstiegsprogramme für den Bereich Linksextremismus. Auch andere Bundesländer haben die Gefahren des Linksextremismus erkannt und suchen nach präventiven Ansätzen zur Eindämmung dieses Deliktsbereiches. Der niedersächsische Innenminister Pistorius erklärte bei einer Debatte im niedersächsischen Landtag, dass es im Jahr 2014 bei seinem Amtsantritt bedauerlicherweise kein Konzept für die Prävention im Bereich Linksextremismus gegeben habe. Er sah dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf eine neue Konzeptionierung eines Präventionsplans in diesem Bereich, dennoch gibt es auch dort bis heute keines. Ähnlich sieht es in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und auf Bundesebene aus, alle beklagen das fehlende Präventions- und Aufklärungsangebot in diesem Sektor.

Weiterhin ergibt sich aus der Antwort des Senats auf die CDU Anfrage, dass der Senat die Linksextremen Gewalttäter für so gebildet hält, dass Präventionsansätze oder Deradikalisierungsmaßnahmen keine Wirkung haben würden. Daraus den Schluss zu ziehen, nichts zu versuchen, ist falsch. Der Ansatz bereits in der Schule mit Politiklehre dem Entstehen von extremistischen Gedanken entgegenwirken zu wollen, ist ein geeignetes Mittel, aber bei Weitem nicht ausreichend. Es zeigt sich immer wieder, dass gerade junge, in ihrer Persönlichkeit noch nicht gefestigte Menschen besonders anfällig für extremistische Ideen sind. Daher ist eine möglich frühzeitig ansetzende Präventionsarbeit von besonderer Bedeutung.

Hierfür bedarf es einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, an der es bisher aber weitestgehend fehlt. Es gibt bisher in Deutschland sehr wenige Forschungsarbeiten zu dem Thema Linksextremismus, nur wenige Experten und kaum Projektträger, die sich überhaupt mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Die Beauftragung einer Forschungsarbeit, die sich mit den Ursachen und der Wirkung des Linksextremismus auseinandersetzt, Ansätze zur Bekämpfung von Linksextremismus und vor allem mögliche Präventionsmaßnahmen aufzeigt, scheint daher angebracht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Für Extremismus ist in unserer Gesellschaft kein Platz, egal ob von links oder rechts, politisch oder religiös motiviert. Keine Form des Extremismus darf gegen die andere ausgespielt werden. Wir sprechen uns zudem gegen Antisemitismus, Gewalt gegen Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit aus.

Wir verurteilen alle Linksextremen Straftaten in Bremen und im gesamten Bundesgebiet und distanzieren uns von jeglichen Weltanschauungen und Bewegungen die die freiheitlich demokratische Grundordnung Deutschlands grundlegend infrage stellen oder bekämpfen. Jeglicher Extremismus stellt eine Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und einen Angriff auf unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit dar.

Wir stellen fest, dass die Aufgabe der Bekämpfung jedweder extremistischen Tendenzen eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und dass bei der Prävention eine gezielte Aufklärung und politische Bildung junger Menschen eine zentrale Rolle spielt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge weiterhin beschließen:

Wir fordern den Senat auf:

1. Eine Forschungsarbeit, gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Bundesländern, zum Thema Linksextremismus und dessen Entstehung und Wirkung zu beauftragen, Präventionsansätze herauszuarbeiten und der Bürgerschaft (Landtag) die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit in einem Jahr zu berichten.
2. Auf Basis dieser Forschungsarbeit Handlungsstrategien gegen Linksextremismus zu entwickeln und eine neue konzeptionelle Planung einer gesamtheitlichen Betrachtung für die Prävention gegen Linksextremismus vorzulegen. Das Ergebnis soll zeitnah in der Deputation für Inneres vorgestellt werden.
3. Ein Beratungsnetzwerk, gegebenenfalls länderübergreifend, gegen Linksextremismus aufzubauen, dass dem Austausch von Fachleuten dient, um Erkenntnisse über den Linksextremismus zu sammeln, und fortlaufend Strategien gegen diesen zu entwickeln und vorhandene Strategien anzupassen.

Christine Schnittker, Wilhelm Hinnens, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU